

Dels' er Kreisblatt.

Erscheint jeden Freitag.
Pränumerationspreis viertel-
jährlich 6 Sgr., durch die
Post bezogen 7½ Sgr.



Inserate werden bis Donner-
stag Mittag in der Expedition
angenommen und kostet die ge-
spaltene Zeile 1 Sgr., Wieder-
holungen die Hälfte.

Redacteur: Königl. Kreis-Secretair Kapler.
Druck und Verlag von A. Ludwig in Dels.

Nr. 10.

Dels, den 10. März 1865.

3. Jahrg.

A m t l i c h e r T h e i l.

Nr. 500. Bekanntmachung, betreffend die Kronprinz-Stiftung,

gegründet zur Unterstützung Derjenigen, welche aus dem Kriege gegen Dänemark ganz oder theilweise erwerbsunfähig heimkehren, und der Hinterbliebenen der in diesem Kriege Gefallenen.

Ich will dem Mir vorgelegten, anbei zurückgehenden Statut der Kronprinz-Stiftung Meine Genehmigung ertheilen und das Kriegsministerium zugleich ermächtigen, das von Bürgern der Stadt Elberfeld zur Unterstützung preussischer Invaliden übergebene Kapital im Betrage von 14,443 Rthlr. 15 Sgr. anzunehmen, dem Wunsche der patriotischen Geber gemäß zu verwalten und getrennt von anderen Kapitalien aufzubewahren.

Berlin, den 1. Dezember 1864.

(gez.) Wilhelm.

An das Kriegsministerium.

(gegegez.) v. Noon.

Statut der Kronprinz-Stiftung.

§ 1. Der Zweck der Kronprinz-Stiftung ist, für Diejenigen, welche aus dem Kriege gegen Dänemark ganz oder theilweise erwerbsunfähig heimkehren, und für die Hinterbliebenen der in diesem Kriege Gefallenen Fürsorge zu treffen.

Die Erreichung dieses Zweckes wird angestrebt:

- a. durch Gewährung von Geld-Unterstützungen,
- b. durch Ermittlung von Anstellungen im öffentlichen oder Privatdienste.

§ 2. Die Stiftung steht unter Meinem Protektorat. Alle Abänderungen und Ergänzungen dieses Statuts bedürfen Meiner Genehmigung.

Die Verwaltung der Stiftung erfolgt vom Kriegs-Ministerium, Abtheilung für das Invaliden-Wesen.

§ 3. Das Vermögen der Stiftung besteht:

- a. aus denjenigen Geldgeschenken, welche ihr bis zum Tage des veröffentlichten Statuts zugewendet worden sind und etwa in Zukunft zugewendet werden;
- b. aus denjenigen Geldgeschenken, welche, ohne ausdrücklich für die Stiftung bestimmt zu sein, dem Kriegsministerium für Zwecke, die denen der Stiftung gleichen, überwiesen sind und in Zukunft überwiesen werden;
- c. in laufenden Beiträgen, welche der Stiftung oder dem Kriegs-Ministerium zu Zwecken der Stiftung zugesichert sind oder es noch werden.

§ 4. Das Gesamt-Vermögen der Stiftung wird in Staatspapieren oder pupillarisch sicheren Hypotheken oder vom Staate garantirten Aktien angelegt, von der Militair-Pensionskasse hieselbst aufbewahrt und als „Fonds der Kronprinz-Stiftung“ verwaltet.

§ 5. Der Fonds der Kronprinz-Stiftung wird, mit Ausnahme derjenigen Beiträge, welche nach dem Willen der Geber hiervon ausdrücklich ausgenommen sind, und eines Stamm-Kapitals von 25,000 Thlr. durch Rentenzahlungen an die berechtigten Theilnehmer in 48 Jahren voll und ganz verwendet. *)

Die Verfügung über die von dem Stamm-Kapital von 25,000 Thlr. auffommenden Zinsen, zu Zwecken der Stiftung, bleibt dem Protektor derselben vorbehalten.

§ 6. Zur Theilnahme an den Wohlthaten der Stiftung sind nach Maßgabe des § 1 berechtigt:

*) Für die das 48te Jahr der Stiftung überlebenden Theilnehmer an den Wohlthaten derselben wird bis zu ihrem Lebens-ende aus anderweitig bereiten Mitteln gesorgt werden.

- a. alle diejenigen, welche in Folge von Wunden oder Anstrengungen im dänischen Kriege bis zum Schlusse des Jahres 1867 invalide erklärt werden;
- b. die Hinterbliebenen der in dem Kriege gegen Dänemark Gefallenen, zu welchen jedoch nur
 - aa. die Wittwen,
 - bb. die arbeitsunfähigen und vermögenslosen Eltern und Geschwister, welche in den Gefallenen ihren Ernährer verloren haben, gehören.*)

§ 7. Der Rentenbetrag, welcher jährlich zur Vertheilung kommt, wird am Schlusse des Vorjahres thunlichst im Voraus festgestellt.

Ein Gleiches geschieht mit der Liste derjenigen Personen, welche für das entsprechende Jahr mit einem Renten-Antheil bedacht werden sollen.

Die Renten-Antheile werden an die Theilnehmer monatlich praenumerando gezahlt. Der Betrag eines Antheils, dessen normale Höhe sich zur Zeit noch nicht bestimmen läßt, soll womöglich nicht unter 4 Rthlr. und der Regel nach nicht über 5 Rthlr. monatlich bemessen werden.

§ 8. Die Berechtigung zum Empfange eines Renten-Antheils für das laufende Jahr wird vom Kriegs-Ministerium festgestellt. Diejenigen Personen, denen eine Rente einmal zugebilligt worden ist, bleiben im Genusse derselben, so lange als nicht in ihren Verhältnissen eine Aenderung eingetreten ist, welche die Fortgewährung der Rente unnöthig macht.

(Fortsetzung folgt.)

Nr. 501.

Betrifft die Aufnahme des Pferdebestandes u. die Revision der kriegsdiensttauglichen Pferde.

Unter Hinweisung auf das Reglement zur Bestellung, Auswahl, Abnahme und Abschätzung der Mobilmachungspferde in der Provinz Schlesien, vom 22. Dezember 1856 (Außerordentliche Beilage zu No. 2 des Amtsblattes pro 1857, Seite 11) veranlasse ich die Magistrate und Ortsbehörden des Kreises, ungesäumt eine spezielle Nachweisung sämtlicher in jedem Orte vorhandenen Pferde, mit Ausnahme der Dienstpferde der Königl. Beamten, der contractlich zu haltenden Postpferde und der noch nicht 3 jährigen, sonst aber ohne Rücksicht auf deren Alter und Fehler nach dem bekannten Schema, wozu Formulare in der hiesigen Hof- und Stadt-Buchdruckerei zu haben sind, aufzustellen und ein Exemplar spätestens bis zum 25. d. Mts. hierher einzureichen oder Negativ-Atteste einzusenden. — Farbe und Abzeichen der Pferde sind besonders genau anzugeben, damit etwaige Verwechslungen vermieden werden. — Die Nachweisung ist am Schlusse dahin zu bescheinigen: —

daß in der Ortschaft N. N. nicht mehr Pferde als vorstehend angegeben, vorhanden sind, wird amtlich bescheinigt.

N. N., den ten März 1865.

Die vorzustellenden Pferde sind aus jeder Ortschaft zusammen unter Begleitung eines städtischen Polizei-Beamten, resp. des Scholzen oder eines Gerichtsmannes, welche auf Ruhe und Ordnung zu halten haben, an den unten bezeichneten Gestellungs-Tagen nach den Gestellungs-Orten zur bezeichneten Stunde der Commission vorzuführen, resp. zu übergeben.

Dem Herrn Polizei-Districts-Commissarius ist ein zweites Exemplar von der bereits dem Landraths-Amte eingereichten Pferdebestands-Nachweisung einzuhändigen.

Bei der Vorführung der Pferde selbst dürfen keinem Kutscher oder Knecht u. mehr als 2 Pferde übergeben werden.

Wenn Pferde an dem Revisionstage wegen Krankheit nicht vorgeführt werden können, so muß die Krankheit durch ein thierärztliches oder wenigstens ortspolizeiliches Attest bescheinigt werden.

Den Pferdebesitzern ist zu eröffnen, daß die nicht pünktliche Bestellung der Pferde nach der Amtsblatt-Berordnung vom 22. Oktober 1857 (Amtsblatt, Seite 380) eine Geldstrafe bis zu 10 Thlr. zur Folge hat.

Die Herren Districts-Commissarien ersuche ich, sich an den betreffenden Termin-Tagen an den bezeichneten Orten einzufinden, in Gemeinschaft mit dem Herrn Militair-Commissarius, welchen ich später namhaft machen werde, die Revision zu bewirken, und sowohl ein Exemplar der Nachweisung, so wie das besonders aufzustellende Verzeichniß, zu welchem Formulare beifolgen, bald nach dem Abnahmetermine an das Königl. Landraths-Amte einzusenden, wohingegen ein Exemplar der erstgenannten Nachweisung bei den Akten der Herren Districts-Commissarien zu verbleiben hat.

Die Pferde sind, sofern nicht etwa inzwischen eine Abänderung erfolgt, zu stellen:

1. Im zweiten Polizei-Bezirk vor dem Polizei-Districts-Commissarius Herrn Hauptmann v. Müller, Montag, den 1. Mai c., Vormittags 8 Uhr, beim Gasthose zu Stampen, aus den Ortschaften: Bohrau, Carlsburg, Dobrischau, Döberle, Domatschine, Eichgrund, Gutwohne, Jackschöna, Jenkwiß, Jentschdorf, Kurzwiß, Langewiese, Loischwiß, Oppela und Neugarten, Peucke, Rotherinne, Schickerwiß, Schwundnig, Sibyllenort, Stampen, Ischertwiß.

*) Für die Kinder wird aus Mitteln des Staates gesorgt.

**2. Im ersten Polizei-Bezirk vor dem Polizei-Districts-Commissarius Herrn Oberamtmann Knobloch,
Dienstag, den 2. Mai c., Vormittags 8 Uhr, aus den Ortschaften:**

Stadt Dels, Schloßbezirk Dels, Bartkrey, Bogschütz, Bries, Budowinke, Dammer, Groß-Graben, Grüneiche, Hönigern, Stadt Juliusburg, Dorf Juliusburg, Leuchten, Ludwigsdorf, Maliers, Neudorf b. F., Neuhaus, Rathe, Schmarke, Sechskiefern, Spahlig, Strehlig, Weissensee, Württemberg; und zwar sind nach der von dem Herrn Districts-Commissarius zu treffenden Anordnung die in Dels zusammenzuziehenden Pferde Vormittags 8 Uhr, beim Gasthose zum Prinz von Preußen, und die zu Bogschütz, Nachmittags 1 Uhr, im dortigen Dominial-Gehöfte vorzustellen.

**3. Im dritten Polizei-Bezirk vor dem Polizei-Districts-Commissarius Herrn v. Kessel,
Mittwoch, den 3. Mai c., Vormittags 8 Uhr, auf dem Vorwerk Peterhof bei Dörndorf, aus den Ortschaften:** Gunersdorf, Dörndorf, Görlitz, Stadt Hundsfeld, Dominium Hundsfeld, Kritschen, Medlig, Mirkau, Netsche, Neuhoß b. R., Kl.-Dels, Kl.-Peterwitz, Pischkawe, Pühlau, Raacke, Sackrau, Schleibitz, Steine, Süßwinkel, Gr.-Weigelsdorf, Kl.-Weigelsdorf, Wildschütz.

**4. Im vierten Polizei-Bezirk vor dem Polizei-Districts-Commissarius Herrn Hoffmann,
Donnerstag, den 4. Mai c., Vormittags 8 Uhr, auf dem Dominial-Gehöft zu Postelwitz, aus den Ortschaften:** Baruthe, Fürsten-Elguth, Klein-Elguth, Neu-Elguth, Lampersdorf, Klein-Mühlatschütz, Mittel-Mühlatschütz, Ober-Mühlatschütz, Postelwitz, Ober-Prießen, Nieder-Prießen, Neu-Schmollen, Bielguth, Wilhelminenort, Zantoch, Ziegelhof.

**5. Im fünften Polizei-Bezirk vor dem Polizei-Districts-Commissarius Herrn Oberamtmann Rudolphi,
Freitag, den 5. Mai c., Vormittags 8 Uhr, im Schloßhose zu Bernstadt, aus den Ortschaften:**

Stadt Bernstadt, Vorstadt Bernstadt, Buchwald herzoglich, Buchwald frei Antheil, Kunzendorf, Friedrichsberg, Kraichen, Langenhof, Laubeky, Neudorf b. B., Patschky, Sadewitz, Taschenberg, Vogelgesang, Weidenbach, Woitsdorf, Klein-Zöllnig.

**6. Im Polizei-Bezirk vor dem Polizei-Districts-Commissarius, Kreisdeputirten Herrn Rittmeister v. Schelha,
Sonabend, den 6. Mai c., Vormittags 8 Uhr, auf dem Dominialgehöft zu Allerheiligen, aus den Ortschaften:** Allerheiligen, Buselwitz, Crompusch, Cronendorf, Groß-Elguth, Grüttenberg, Kaltvorwerk, Neuhoß b. B., Ober-Schmollen, Nieder-Schmollen, Schmoltzschütz, Schützendorf, Schwierse gutsherrlich, Schwierse städtisch, Neu-Vorwerk, Wiefegrade, Zeffel, Groß-Zöllnig, Zucklau.

**7. Im siebenten Polizei-Bezirk vor dem Polizei-Districts-Commissarius Herrn Lieutenant Rojahn,
Montag, den 8. Mai c., Vormittags 8 Uhr, auf dem Dominialgehöft Ulbersdorf, aus den Ortschaften:** Polnisch-Elguth, Galbitz, Gimmel, Korichlig, Nieder-Mühlwitz, Ober-Mühlwitz, Raucke, Ostrowine, Pangau, Pontwitz, Zielunke, Reesewitz, Ober-Schönau, Nieder-Schönau, Stronn, Ulbersdorf, Wabnitz.

Dels, den 8. März 1865.

Der Königl. Landrath.
von der Verswordt.

Nr. 502.

Bekanntmachung.

Nach einer Benachrichtigung der Großbritannienischen Postverwaltung ist das am 24. Januar d. J. von Liverpool nach der Westküste von Afrika abgegangene Britische Post-Dampfschiff Armenian unterwegs gescheitert und sind die mit demselben abgesandten Briefpakete nach Madeira, Teneriffa, Bathurst (Gambia), Sierra Leona, Gorea, Cap Coast Castle (Goldküste), Lagos, Benin, Nun, Braß, Bonny, Fernando Po, Camerones und Alt-Calabar in Verlust gerathen.

Das correspondirende Publikum wird hiervon in Kenntniß gesetzt.

Berlin, den 25. Februar 1865.

General-Post-Amt. Philipsborn.

Nr. 503.

Betreffend den Verkauf

von Akten und Scripturen aus der Registratur des Königl. Landraths-Amtes.

Aus der Registratur des Königl. Landraths-Amtes sind mehrere Centner Akten und Scripturen ausgesondert worden, welche als entbehrlich mit Genehmigung der Königl. Regierung zum Einstampfen verkauft werden sollen.

Zum Verkaufe dieser Akten und Scripturen im Wege des Meistgebotes, habe ich auf

Sonabend, den 1. April d. J., Vormittags 11 Uhr,

im Landrathlichen Bureau hierselbst einen Termin anberaumt, zu welchem ich Kauflustige unter dem Bemerken einlade, daß die näheren Verkaufsbedingungen durch mündliche Anfrage in meinem Bureau während der Dienststunden zu erfahren sind.

Dels, den 7. März 1865.

Der Königl. Landrath.
von der Verswordt.

Das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses

ist fort und fort der Vorwand, unter welchem die Fortschrittspartei allen Plänen der Regierung entgegentritt, alle Unternehmungen für das Wohl des Landes hemmt und hindert. Der Bau von Eisenbahnen und sonstigen Verkehrswegen soll unterbleiben, die Entwicklung unserer Seemacht hinausgeschoben, alle wichtigen Anlagen unterbrochen werden, bis ein Gesetz über den Staatshaushalt vereinbart sei, — dieses Gesetz aber will die Fortschrittspartei nicht eher zu Stande kommen lassen, als bis das Budgetrecht des Hauses vollkommen anerkannt sei.

Wenn hiernach das ganze Wohl und Gedeihen und alle Entwicklung des preussischen Staates von der Feststellung des Rechtes des Abgeordnetenhauses abhängig gemacht werden soll, so wäre es doch vor allen Dingen zu wünschen, daß das Haus endlich einmal klar und offen aussprache, was es denn als sein Budgetrecht betrachtet.

Dies ist in bestimmter und vollständiger Weise noch niemals geschehen. Bei irgend einer klaren Erörterung der vermeintlichen Rechte des Hauses würde man entweder zu bescheidenen Ansprüchen als bisher gelangen oder sich unumwunden zu der Forderung der Alleinherrschaft des Abgeordnetenhauses bekennen müssen, welche man bisher noch vorsichtig zu verhüllen sucht.

Das Abgeordnetenhaus hat sich bisher nur verneinend gegenüber den Befugnissen der Regierung verhalten, indem es nach dem Scheitern der vorjährigen Budgetberatungen die Meinung auszusprechen beschloß: die Staatsregierung begehe einen offenen Verfassungsbruch, wenn dieselbe fortfahre, ohne Zustimmung beider Häuser über Staatsmittel eigenmächtig zu verfügen.

So einfach verhalten sich jedoch die Dinge durchaus nicht; so kann es nicht stehen, wenn unsere Verfassung nach ihrem Wortlaut, so wie nach ihrem Sinn und Geist, in Geltung bleiben soll.

Nach der Verfassung soll der Staatshaushalt jährlich durch ein Gesetz, d. h. durch Uebereinstimmung der Regierung und der beiden Häuser des Landtags, festgestellt werden.

Diese Bestimmung und Forderung, die einzige ausdrückliche Bestimmung der Verfassung, ist eine Forderung eben so sehr an die beiden Häuser des Landtags, wie an die Regierung. Die Landesvertretung hat danach unzweifelhaft das Recht, an der gesetzlichen Feststellung des Staatshaushalts mitzuwirken und die Regierung muß ihr den Voranschlag dazu regelmäßig alljährlich vorlegen, aber mit jenem Recht des Landtags ist auch unmittelbar die Pflicht verbunden, zum wirklichen Zustandekommen des Staatshaushalts aufrichtig mitzuwirken, und in dieser Beziehung legt die Verfassung nirgends der Regierung eine andere und stärkere Pflicht auf, als den beiden Häusern: nirgends ist angedeutet, daß die Regierung sich etwa, um das Zustandekommen des Gesetzes zu sichern, jeder Streichung Seitens des Abgeordnetenhauses zu fügen habe.

Wenn die Verfassung dies wollte, so würde es in Artikel 99 nicht heißen: „der Staatshaushalt wird jähr-

lich durch ein Gesetz festgestellt“, sondern es müßte dann heißen: „der Staatshaushalt wird jährlich durch das Abgeordnetenhaus festgesetzt.“

Dies ist so klar, daß mit allgemeinen Reden von dem Budgetrecht des Abgeordnetenhauses nicht darüber hinwegzukommen ist.

Auf die Frage: was soll und kann geschehen, um unter allen Umständen die Uebereinstimmung der drei Mitwirkenden herbeizuführen? — ist bisher von keiner Seite eine bestimmte Antwort gegeben worden, außer von denjenigen ehrlichen Demokraten, welche es geradezu aussprechen, daß eben schließlich immer der König nachgeben müsse, und welche somit das Abgeordnetenhaus zur alleinbestimmenden Regierungsgewalt machen wollen. Davon weiß aber unsere Verfassung nichts.

Nach der Verfassung, wie sie für Preußen besteht, bleibt die Uebereinstimmung der Regierung und der beiden Häuser zum Staatshaushaltsgesetz erforderlich. Eben deshalb aber kann auch der Fall eintreten, daß das Gesetz über den Staatshaushalt wegen mangelnder Uebereinstimmung nicht zu Stande kommt, wie es in Wirklichkeit seit drei Jahren eingetreten ist!

Was ist in solchem Falle Rechtens? Die Verfassung enthält hierüber keine ausdrückliche Bestimmung. Nur Eines steht durch Artikel 109 unzweifelhaft fest: „Die bestehenden Steuern und Abgaben werden fortgehoben“, — offenbar weil die Verfassung nicht will, daß durch ein Aufhören der Steuerzahlung eine Stockung des Staatslebens eintreten könne. Die Verfassung hat also selbst dafür gesorgt, daß auch im sogenannten budgetlosen Zustande die Mittel zur Fortführung der Staatsgeschäfte vorhanden seien: die Pflicht aber, diese Geschäfte mit den hierdurch gesicherten Mitteln weiter zu führen, fällt der Regierung des Königs zu, welchem allein nach altem unerschütterten Recht und nach den ausdrücklichen Bestimmungen im Titel III. der Verfassung die gesamte „vollziehende Gewalt“ in allen ihren Zweigen zusteht.

Welche Ausgaben aber darf in solchem unumgänglichen Falle die Regierung leisten?

Diejenigen Gegner der Regierung, welche ihr nicht das Recht zu allen Ausgaben bestreiten, behaupten doch, die Regierung dürfe unbedingt keine Ausgabe machen, die das Haus gestrichen habe, wäre es auch eine seit Jahren gesetzlich feststehende Ausgabe. Hiermit aber würde das Abgeordnetenhaus zum absoluten Herrn über die gesamten Staatseinrichtungen gemacht. Es könnte dem Hause dann belieben, die Ausgaben für irgend eine alte Staatseinrichtung, z. B. für die Landrathsdämter, zu streichen. Die Regierung und das Herrenhaus würden dazu selbstverständlich ihre Zustimmung nicht geben und das Staatshaushalts-Gesetz käme nicht zu Stande. Müßte alsdann die Regierung jene althergebrachte Ausgabe dennoch fallen lassen, weil das Abgeordnetenhaus sie nicht von Neuem genehmigt hätte, so stände es eben lediglich in der Macht dieses Hauses, sei es beim Zustandekommen, sei es beim Nichtzustandekommen des Budgets, seinen alleinigen Willen in jeder Beziehung durchzusetzen.

Zu so widersinnigen und offenbar verfassungswidrigen Folgerungen führt die dreiste Behauptung: es dürfe keine Staatsausgabe gemacht werden, welche das Abgeordnetenhaus gestrichen habe. Mit derartigen bloß verneinenden Sätzen ist überhaupt zur Verständigung über wirkliches Verfassungsrecht Nichts gewonnen. Vielmehr kommt es darauf an, festzustellen, wie die Rechte des Hauses mit den ebenso unzweifelhaften verfassungsmäßigen Rechten der Regierung und des Herrenhauses und mit den Erfordernissen des Landeswohls in Uebereinstimmung zu bringen sind.

Die Regierung hat ihrerseits im vorigen Jahre einen Gesetzentwurf vorgelegt, um festzustellen, wie es gehalten werden soll, wenn einmal kein Budgetgesetz zu Stande kommt. Das Abgeordnetenhaus aber hat diesen Entwurf zurückgewiesen, angeblich, weil es desselben nicht bedürfe, die Bestimmungen der Verfassung vielmehr durch sich selbst klar genug seien.

Nun denn: möge das Haus einmal den Versuch machen, in klaren und bestimmten Sätzen festzustellen, wie nach seiner Ansicht verfahren werden muß, um das Gesetz über den Staatshaushalt unter Wahrung aller Rechte jeder Zeit zu Stande zu bringen, und wie ferner zu verfahren ist, wenn dies trotzdem nicht gelungen ist.

So lange das Haus hierüber entweder mit sich selbst nicht im Klaren ist oder sich nicht offen auszusprechen für gut findet, sind alle Resolutionen im Einzelnen über angeblich verfassungswidriges Verhalten der Regierung und des Herrenhauses leere und eitle Worte und so lange ist eine Verständigung über das Budgetrecht unmöglich.

Statt jedoch eine Einigung über die bisher streitigen Punkte anzubahnen, sind die Anhänger der Fortschrittspartei leider bemüht, den Zwiespalt immer weiter auszu dehnen: statt gewissenhaft die Wege suchen zu helfen, um endlich wieder ein Gesetz über den Staatshaushalt zu Stande zu bringen, sollen nach ihrem Willen fortan auch alle anderen Gesetze, und beträfen sie auch die wichtigsten und heilsamsten Unternehmungen, vereitelt werden.

Die falschen Freunde des Abgeordnetenhauses werden nicht müde, von den Rechten desselben zu sprechen, von seinen Pflichten dagegen ist niemals die Rede. Seine oberste Pflicht aber ist die, von seinen Rechten einen solchen Gebrauch zu machen, daß es im Vereine mit der Regierung das Landeswohl fördere.

Die Thätigkeit des Abgeordnetenhauses.

Das Abgeordnetenhaus will, wie es scheint, noch geraume Zeit vergehen lassen, ehe es an seine eigentlichen Aufgaben, an die Berathung des Staatshaushalts für 1865 und an die Beschlußnahme über die Militairfrage herangeht.

Mit dem Staatshaushalt ist man jetzt (nach acht Wochen) soweit gelangt, daß ein vorläufiger allgemeiner Bericht erstattet ist, welcher in nächster Woche zur Berathung kommen soll.

In Betreff der Militairfrage aber haben in der vor vier Wochen ernannten Kommission soeben erst die Vorberathungen ihren Anfang genommen.

Die Fortschrittspartei im Abgeordnetenhaus hat in beiden Kommissionen kein Hehl daraus gemacht, daß nach ihrer Absicht auch in der jetzigen Landtags-Sitzung weder das Staatshaushalts-Gesetz, noch das Militairgesetz wirklich zu Stande kommen soll. Einer ihrer Führer hat sich nicht entblödet, geradezu zu behaupten, daß die Fortdauer des Streites mit der Regierung eine Wohlthat für das Land sei, weil das Volk sich hierdurch an den politischen Widerspruch und Kampf gewöhne.

Zwar giebt es in der Mehrheit des Hauses auch eine beträchtliche Zahl von Abgeordneten (die sogenannte Fraction des linken Centrums, unter der scheinbaren Führung des Herrn v. Bockum-Dolffs), welche so leidenschaftliche Auffassungen eigentlich nicht billigen, vielmehr angeblich eine Verständigung wünschen; dieselben sind aber größtentheils zu schwach und zu unentschlossen, um dem Andringen der entschiedenen Fortschrittsleute zu widerstehen. Sie machen wohl hier und da einen Versuch, besonnenere Wege zu gehen, aber nach kurzem Schwanken verfallen sie immer wieder der Alleinherrschaft der Fortschrittspartei, die von Frieden und Versöhnung nichts wissen will.

Der allgemeine Vorbericht über den Staatshaushalt ist wieder ein recht deutlicher Beweis für die völlig unfruchtbare und nichtige Thätigkeit des Abgeordnetenhauses.

Solche allgemeine Berichte über den gesammten Zustand des Staatshaushalts sind allerdings auch schon früher einige Male erstattet worden, jedoch aus völlig anderen Gründen und mit durchaus entgegengesetzter Absicht als jetzt. Im Jahre 1855 zeigte sich das Abgeordnetenhaus bedenklich darüber, daß seit einer Reihe von Jahren die regelmäßigen Staatseinnahmen immer zu gering gewesen waren, um im Voranschlage die Ausgaben zu decken; deshalb hielt man es damals für nothwendig, durch einen allgemeinen Rückblick auf die Entwicklung unserer Finanzen die Mittel und Wege aufzusuchen, um die Einnahmen und Ausgaben wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Wie steht es dagegen jetzt? Die Regierung hat dem Abgeordnetenhaus einen Voranschlag zum Staatshaushalt vorgelegt, in welchem die Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht stehen, und welcher die sichere Hoffnung auf erhebliche Ueberschüsse gewährt. Das Ziel also, welches die Landesvertretungen früher lange Zeit vergeblich erstrebt hatten, die volle Sicherheit unsers Staatshaushalts auf Grund einer musterhaften Ordnung ist, noch dazu unmittelbar nach einem kostspieligen Kriege, zur Freude aller Patrioten und zur Bewunderung von ganz Europa erreicht.

Man sollte nun glauben, daß auch das Abgeordnetenhaus sich zuvörderst dieser patriotischen Freude und Anerkennung anschließen würde. Aber weit gefehlt! Die vortreffliche Lage unserer Finanzen wird der Regierung

zum Vorwurf gemacht und der „allgemeine Bericht“ soll dazu dienen, dem Lande die Meinung beizubringen, daß die ganze Finanz-Verwaltung, um welche andere Länder und beneiden, eine gründliche Aenderung erfordere. Mit unglaublicher Leichtfertigkeit macht die Kommission hier einen Strich durch eine Steuer, dort zählt sie neue Bedürfnisse auf, für welche der Staat schleunigst noch sorgen müsse, unbekümmert darum, wie die Verringerung der Einnahmen und die Vermehrung oder anderweitige Vertheilung der Ausgaben schließlich zusammen passen.

Während die Wünsche und Rathschläge im Jahre 1855 dahin gingen, die Ordnung im Staatshaushalte erst wieder sicher zu begründen, würden die jetzigen Anträge nur dahin führen, die mühsam wiederhergestellte Ordnung in dem mit strengster Gewissenhaftigkeit entworfenen Staatshaushalt von Neuem zu erschüttern und zu zerrütten.

Doch wird die Regierung auch diesem Beginnen des Abgeordnetenhauses ihre besonnene Ruhe und Festigkeit entgegenstellen und jeden Versuch zur Beeinträchtigung der Grundlagen unserer bewährten Finanzverwaltung mit Entschiedenheit zurückweisen.

Das Abgeordnetenhaus aber wird nach Beendigung jener unfruchtbaren Erörterungen nicht umhin können, schließlich doch an die Erfüllung seiner Pflicht zu gehen, das heißt an die wirkliche Berathung des ihm vorgelegten Staatshaushalts für 1865.

(Die Wahlfreiheit und die Einwirkung der Regierung.) Der konservative Abgeordnete v. Tettau, dessen Wahl vom Hause jüngst für ungültig erklärt war, ist jetzt in demselben Wahlkreise wie früher wieder gewählt worden. Die Fortschrittsleute suchen nun von Neuem Allerlei gegen diese Wiederwahl einzuwenden. Unter Anderem behaupten sie, die Wahl sei nicht frei gewesen, weil der Landrath des Kreises den Herrn v. Tettau im Kreisblatte geradezu als einen geeigneten Kandidaten empfohlen habe. Ein Abgeordneter, Möller, stellte den Minister des Innern sehr leidenschaftlich zur Rede, ob er das Verhalten des Landraths billige.

Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, erwiderte etwa folgendes:

„Ich erkläre, daß ich das Verfahren des Landraths billige und deshalb keine Veranlassung habe, dasselbe zu rügen. Ich will offen antworten und deshalb erkläre ich, daß jedes Wahl-Cirkular, das ein Minister des Innern bei bevorstehenden Wahlen erläßt, mehr oder weniger eine direkte Aufforderung an die königlichen Beamten, namentlich an diejenigen, die den Verhältnissen nahe stehen, enthält, für das Zustandekommen von Wahlen zu wirken, welche der Regierung günstig sind. Mag es ein Minister geschickter ausdrücken als ein anderer; mag sich einer in allgemeineren Redensarten bewegen als ein anderer, jedenfalls wird der Zweck immer der sein, die Beamten zu ermutigen, innerhalb ihres Wirkungskreises und so weit es nicht gegen das Gesetz verstößt, für das Zustandekommen von solchen Wahlen thätig zu sein, welche der Regierung genehm sind. Denn eine Regie-

ung in Preußen kann auch jetzt auf die Länge nicht heilsam wirken, wenn sie nicht eine Majorität für sich hat. Das erkläre ich hiermit offen, und deshalb eben ist das Bestreben der Regierung dahin gerichtet, eine solche Majorität für sich zu gewinnen, was ihr hoffentlich mit der Zeit nicht fehlen wird. Nun frage ich, meine Herren, was für ein Unterschied ist zwischen dem Wirken eines Landraths, der seiner Pflicht und der an ihn gerichteten Aufforderung gemäß sich die Mühe giebt, im Kreise herum zu reisen, mit den Leuten zu sprechen, sie aufzuklären, ihnen die Wünsche der Regierung darzulegen und dann zu sagen: Stellt einen Candidaten auf, welcher den Anforderungen entspricht, welche die Regierung macht! — oder einem solchen, der da sagt: Der und der ist der geeignete Mann zum Abgeordneten, er wird die Ziele verfolgen, die die Regierung sich gesteckt hat: vereinigen wir unsere Stimmen auf ihn! Wenn er im Kreise findet, daß eine große Anzahl von Wählern vorhanden ist, die geneigt ist, für die Regierung zu stimmen, und wenn er dann, wie im vorliegenden Falle geschehen, im amtlichen Kreisblatt sagt: Wollen wir endlich Frieden im Lande haben, wollen wir den Wünschen entsprechen, die Se. Majestät in der Thronrede ausgesprochen und die im Interesse des Landes liegen, wollen wir den Wünschen nach Versöhnung endlich Rechnung tragen, so lassen Sie uns den Mann wählen, den ich hiermit beim Namen nenne! — können Sie darin irgend eine Handlung finden, welche auch nur im Entferntesten entweder gegen die Strafgesetze läuft — oder gegen die Verwaltungsgrundsätze verstößt — oder eine Wahlbeeinflussung in einem Maße bezweckt, daß dadurch die Freiheit der Entscheidung der Wähler irgendwie beschränkt würde? Das bestreite ich. Ich behaupte also wiederholt, daß der Landrath im Rechte war, daß kein Grund vorliegt, sein Verfahren zu rügen, und daß auch in künftigen Fällen ich nicht in der Lage sein würde, eine geschickt und anständig gefasste Erklärung, wie diese, zurückzuweisen, weil ich darin keine Art von Wahlbeeinflussung in einem verbotenen Sinne sehe.“

„In Preußen ist die konservative Partei wesentlich geneigt, Gott sei Dank geneigt, sich an die Regierung anzuschließen, von der Regierung Anregung und Stütze zu erwarten. Dies darf keine Regierung übersehen, keine Regierung kann die konservative Partei entbehren.“

„Wenn nun die Regierung sich der konservativen Partei annimmt, wenn sie sagt, was sie will, und ausspricht, daß die Konservativen es sind, die nach den Absichten der Regierung handeln, dann geht sie keineswegs zu weit; sie thut vielmehr nur ihre Pflicht.“

„Sprechen sie nicht von Gewalt, wenn ich die Landräthe anweise, mit allen erlaubten Mitteln für das Zustandekommen guter Wahlen zu wirken; sprechen Sie vielmehr von Gewalt, wenn Sie aus gesetzlich nicht zu rechtfertigenden Gründen eine Wahl vernichten.“

(Der Plan zur preussischen Flotte), wie sie dem Bedürfnisse Preußens und Norddeutschlands entspricht, wird in nächster Zeit dem Landtage vorgelegt werden.

Die Regierung glaubt, die Kosten derselben innerhalb der dazu in jedem Jahre verwendbaren Mittel bestreiten zu können, so daß eine Anleihe auch für die Flotte nicht aus den regelmäßigen Staatseinnahmen, nach Maßgabe beantragt werden dürfte.

Privat-Anzeigen.

Kirchlicher Anzeiger aus Oels.

Am Sonntage **Reminiscere** predigen in der Schloß- u. Pfarrkirche:

Frühpredigt: Herr Propst Thielmann.

Amtpredigt: Herr Hofprediger Hohenthal.

Nachmittagspredigt: Herr Diaconus Krebs.

Wochenpredigt (3. Fastenpredigt):

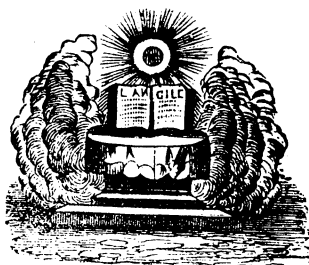
Donnerstag, den 16. März, Vormittags 8½ Uhr:

Herr Diaconus Krebs.

Dienstag, den 14. März, Abends 7 Uhr: Bibelstunde:

Herr Hofprediger Hohenthal.

Grabmonumente.



Grab-Denkmäler

von **Granit, Marmor und Sandstein**, in reicher Auswahl und zu verschiedenen Preisen, bis herab zu 5 Rthlr. à Stück, sowie auch alle Arten **Bau- und Möbelarbeiten** in selbigen Steinarten empfiehlt zur gütigen Beachtung

Fr. Dammas,

Steinmetzmeister und Bildhauer,
Marienthor, Nr. 38.

Holz=Auktion.

Donnerstag, den 16. d. Mts., von Vormittags 10 Uhr ab, werden im Etatschlage des Ostrowiner Forstens 2 bis 300 kieferne Bau- und Nuthölzer, meistbietend, gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Die Guts-Verwaltung.

Conseratio=constitutioneller Verein Oels'er Kreises.

Versammlung: Den neunzehnten März, Nachmittags 3½ Uhr, im „Goldnen Adler“ zu Oels.

Tagesordnung: Wahl des Vorstandes. Mittheilungen. Tagesfragen.

Der Vorstand.

Jahrmarkts-Verlegung.

Mit Genehmigung der Königlichen Regierung zu Breslau ist der auf den 15. und 16. Mai d. J. hierorts angelegte Vieh- und Krammarkt auf den

1. und 2. Mai dieses Jahres

verlegt worden, was wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringen.

Bernstadt, den 8. März 1865.

Der Magistrat.

Holz=Verkauf.

Es sollen 1) am Mittwoch, den 15. d. Mts., Vormittags von 10 bis 12 Uhr, aus dem Forstschutzbezirk Windischmarchwitz circa 400 Klastern Kiefern-, Fichten-, Birken- und Aspen-Brennhölzer im Kretscham zu Windischmarchwitz;

2) am Donnerstag, den 16. d. Mts., Vormittags von 10 bis 12 Uhr, aus dem Forstschutzbezirk Sgorzellitz circa 400 Stück Kiefern-, Birken- und Eichen-Bau- und Nuthölzer im Rathhause zu Reichthal meistbietend, gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Windischmarchwitz, den 8. März 1865.

Der Königliche Oberförster.
Ohrdork.

Tüchtige Maurergesellen

finden dauernde Beschäftigung bei

Oels.

B. Veith,
Maurermeister.

Ein Schäfer, welcher vortheilhafte Zeugnisse über seine Leistungen in der Züchtung und Wartung der Schaafse aufzuweisen hat, findet an Johanni d. J., bei recht gutem Einkommen, Stellung auf dem Gute Siemionka bei Kempen.

Nächsten Mittwoch, den 15. d. Mts., veranstalten die Herren aus Breslau: Concertmeister Otto Lüstner, welcher bekanntlich einen bedeutenden Ruf als ausgezeichnete Violinpieler genießt, und Carl Mahlberg, ein tüchtiger Pianist, ein **Concert** im Gasthofe zum „blauen Hirsch“ zu Dels.

Das Publikum hat etwas Ausgezeichnetes zu erwarten und fühlen wir uns veranlaßt, um so mehr darauf hinzuweisen, da kleineren Städten selten solche Kunstgenüsse geboten werden.

Mehrere Musikfreunde.

Avis.

Schon seit vielen Jahren, als auch jetzt be-
forge ich auf Bestellung:

Kohlen, beste Stück-,	24 1/2	Tblr.	bis 22	Tblr.
Würfelkohle, beste,	22 1/2	=	=	19 =
Rußkohlen	16	=	=	16 =
Kleinkohle	14	=	=	14 =
feinsten Gogoliner Mauer-				

fall 22 = = 22 =

feinsten Stück-Düngerfall 17 = = 17 =

feinsten gemahlenen Düng-Gyps, pro Ctr. 8 1/2 Sgr.

(bei Abnahme von 100 Ctr.)

Sämmtliche Preise beziehen sich auf eine Ladung von 30 Tonnen, à Lo. 4 Preuß. Scheffel, mithin 120 Scheffel. Die Bestellungen bitte ich jedoch einige Tage vor dem Gebrauch an mich zu senden, per Adresse **J. Gummich**.

Bahnhof Brieg, im Februar 1865.

Trockenes Kiefern-Stockholz

wird im Königer Forste, an der Schmalwalder Straße, wegen Räumung der Kulturfläche zu ermäßigter Lage verkauft.

Die Graf Koszoth'sche Forstverwaltung.

Dom. Manferwig bei Juliusburg
verkauft drei sehr brauchbare

„Acker-Ponns“.

D e l s.

Mittwoch, den 15. März 1865.
in Saale des Gasthofes zum blauen Hirsch,
CONCERT

des Concertmeister **Otto Lüstner** und des
Pianisten **Carl Mahlberg** aus Breslau,

unter gefälliger Mitwirkung
des hiesigen Männer-Gesang-Vereins.

Billetts zum ersten Platz 10 Sgr., zum zweiten Platz 7 1/2 Sgr., sind in der Buchhandlung **A. Grüneberger & Co.** und beim Gasthofbesitzer **Hrn. Reiss** zu haben. An der Kasse: erster Platz 15 Sgr., zweiter Platz 10 Sgr.

Kasseneröffnung 1/2 7 Uhr. — Anfang 7 Uhr.

Bleichwaaren

aller Art, sowie **Wirkfaden** übernehme ich auch dieses Jahr wieder für die anerkannt **besten Natur-Nasenbleichen** des Herrn **Friedr. Emrich** in Hirschberg i./Schles. und halte mich unter Versicherung reellster und möglichst billiger Bedienung zu recht zahlreichen Aufträgen ergebenst empfohlen.

Bernstadt.

G. Meidner.

In Juliusburg ist eine Bäckerei nebst dazu gehörigem Gemüsegarten und Acker zu verpachten und Anfang April zu übernehmen; Näheres in der Expedition dieses Blattes.

Trocknes Erlen-Leib-, Mittel- und Astholz, so wie Reisig, Eichen-Ast- und Stockholz steht zum Verkauf in Dreiraden.

Das Wirthschafts-Amt Brieße beabsichtigt einen jungen, ausgewachsenen „Perlhahn“ zur Zucht zu kaufen und sieht gefälligen Offerten entgegen.

Marktpreise der Städte Dels und Bernstadt,

vom 4. März 1865.

Dels	Weizen	Loggen	Gerste	Erbsen	Hafers	Starkoff.	Heu	Stroh
Prß. Maas u. Gewicht	der Schfl. rlr. sgr. pf.	der Schfl. rlr. sgr. pf.	der Schfl. rlr. sgr. pf.	der Schfl. rlr. sgr. pf.	der Schfl. rlr. sgr. pf.	der Schfl. rlr. sgr. pf.	der Centn. rlr. sgr. pf.	das Schock rlr. sgr. pf.
Höchster	—	—	1 8	1 5	—	27	1 5	7
Mittler	—	—	1 6	1 4	—	26	1 4	—
Niedrigster	—	—	—	—	—	25	—	—
Bernstadt, den 4. März.								
Höchster	1 25	1 8	1 4	2 6	—	26	1 5	7 5
Mittler	1 23	1 7	1 3	6	—	25	6	—
Niedrigster	1 21	1 7	1 3	—	—	25	—	—

Marktpreis d. Stadt Breslau

vom 4. März 1865.

	feine	mittel	ordn.
Weiß. Weizen	70—73	68	60 Sgr.
Gelber dito	64—67	60	—
Loggen	40—41	39	38
Gerste	34—36	33	30
Hafers	27—28	26	24
Erbsen	60—62	58	52
Kleeaat rotbe	—	—	—
ditto weiß	—	—	—

4-6